

Antragsbereich 5 / **Antrag S4**

AntragstellerInnen: Jusos Oberbayern

S4: Freiheit braucht Solidarität - Zum zukünftigen Umgang mit Corona

Adressat*innen: Juso-Landeskonferenz, Juso-Bundeskongress

Wir fordern die politisch verantwortlichen in Bund
5 und Freistaat auf, weiterhin verantwortungsvoll mit
der aktuellen Situation der Corona-Pandemie umzu-
gehen. Die Pandemie ist nicht zu Ende, auch wenn das
die Stimmung in der Bevölkerung suggeriert. Gleich-
zeitig erkennen wir an, dass sich die pandemische
10 Lage verändert hat und dass auch die politischen
Maßnahmen sich deshalb verändern müssen:

Gerade auch in der politischen Arbeit merken wir,
dass Zusammenarbeit und Diskussionen von Ange-
15 sicht zu Angesicht sich nicht durch digitale Treffen
ersetzen lassen. Dies gilt auch für viele andere Le-
bensbereiche. Gesellschaftliches Leben muss wieder
stattfinden. Damit das möglich ist, müssen aber
bewährte Schutzmaßnahmen wie eine Maskenpflicht,
20 kostenfreie Testmöglichkeiten und eine Testpflicht
sowie eine Impfpflicht politisch durchgesetzt werden.

Damit schaffen wir die Grundlage für eine durch-
haltbare Langfriststrategie, um mit der anhaltenden
25 Gefahr durch SARS-Cov-2 verantwortungsvoll umzu-
gehen. Eine Überlastung des Gesundheitssystems
und der kritischen Infrastrukturen zu verhindern, ist
nur ein Ziel öffentlicher Gesundheitspolitik sein: Es

geht auch um den Schutz individueller Gesundheit.

30

Auch, wenn eine solche Überlastung in Zukunft nicht mehr drohen sollte, muss die Minimierung der Krankheitslast in der Bevölkerung durch Eingrenzung von Infektionen und Reduktion der Krankheitsfolgen,

35 wo es doch zu Infektionen kommt, weiterhin

staatliches Ziel bleiben. Außerdem muss die Möglichkeit der sicheren Teilnahme am Alltag für vulnerable Personen und deren Kontakte jederzeit gegeben sein, denn diese leben nicht nur in Pflege- und Altenheimen.

40

Hierzu ist es entscheidend, gezielt Schutzmaßnahmen in den Alltag zu integrieren, welche für das öffentliche Leben relativ eingriffsarm sind. Darüber hinaus muss eine Überwachung der Infektionszahlen und des Auftretens von Varianten dauerhaft

45

gegeben sein, um angemessen und präventiv auf neue Entwicklungen reagieren zu können. und und Länder müssen dafür dauerhaft rechtliche Grundlage schaffen und die Finanzierung sicherstellen. Unter die genannten eingriffsärmeren Schutzmaßnahmen fallen insbesondere die folgenden:

50

55

Verbesserung der Raumlufthygiene

Die Corona-Pandemie hat uns gelehrt, dass eine Übertragung draußen deutlich unwahrscheinlicher ist als in Innenräumen. Hieraus erwächst die Aufgabe, durch technische Lösungen wie Belüftungssysteme und Luftfilter die Raumlufte in Innenräumen der im

60

Außenbereich so weit wie möglich anzunähern. Es braucht hierzu verbindliche Vorgaben insbesondere
65 für Innenräume, in denen sich für längere Zeit viele Menschen gemeinsam aufhalten – zuvorderst Schulen, Kitas und der Arbeitsplatz.

Entsprechende Maßnahmen sind auch für andere Er-
70 krankungen, die durch Aerosole übertragen werden eine sinnvolle Investition und tragen somit langfristig zur Sicherung der Gesundheit der Bevölkerung bei.

Das Tragen von (FFP2-)Masken

75 Masken, insbesondere FFP2-Masken, sind eines der einfachsten und zugleich wirksamsten Mittel, Übertragungen zu verhindern. Sie schützen nicht nur den*die Träger*in, sondern vor allem auch andere.
80 Daher sollte die Maskenpflicht in Innenräumen (auch am Platz an Schulen, Universitäten und am Arbeitsplatz) bei hohen und mittleren Ansteckungszahlen nicht aufgegeben werden und bei Bedarf leicht wieder einzuführen sein.

85 In bestimmten Bereichen muss darüber hinaus die Maskenpflicht mittelfristig beibehalten werden, hierzu zählen Geschäfte des täglichen Bedarfs, der gesamte medizinische Bereich (auch Hausbesuche),
90 ÖPNV und Fernverkehr, der öffentlich zugängliche Bereich von Ämtern und Behörden, und ähnliche Bereiche, deren Besuch im Alltag zwingend erforderlich ist und wo sich entweder besonders viele Menschen aufhalten oder es zum Kontakt mit besonders vul-
95 nerablen Menschen kommt. Über eine Aufhebung in diesen Kernbereichen darf nur bei einer stabilen,

sehr niedrigen Inzidenz nachgedacht werden. Entgegen der Erzählung vieler, stellt das verpflichtende Tragen einer Maske in unserer Bewertung keinen
100 erheblichen Eingriff in die Freiheit des Menschen dar.

Schutzkonzepte am Arbeitsplatz, in Schulen und Kitas

105 Der Arbeitsplatz, Schulen und Kitas spielen eine wichtige Rolle im Infektionsgeschehen, da sich dort in der Regel mehrere Menschen für längere Zeit gemeinsam in Innenräumen aufhalten. Gleichzeitig handelt es sich um Bereiche, welche für das Funktionieren der
110 Gesellschaft zentral sind und auch von den meisten vulnerablen Personen und/oder deren Kontakten kaum gemieden werden können. Daher bedarf es langfristiger Schutzkonzepte, welche sich am lokalen, regionalen und überregionalen Infektionsgeschehen
115 orientieren, sowie der schnellen Eindämmung von Ausbrüchen im jeweiligen Betrieb oder der jeweiligen Einrichtung.

Schutzmaßnahmen am Arbeitsplatz dürfen nicht
120 von der Willkür des Arbeitgebers abhängig sein, sondern müssen gesetzlichen Vorgaben folgen. Dazu gehören unter anderem Schutzwände aus Plexiglas für stationäre Mitarbeiter*innen mit hohem Kund*innen-Kontakt, z. B. an Kassen und Informati-
125 onsschaltern, und die flächendeckende Bereitstellung von Desinfektionsmittel- Spendern.

An Schulen und Kitas ist die zentrale Aufgabe, einen verlässlichen Betrieb zu gewährleisten, ohne dabei
130 die Gesundheit von Kindern, Jugendlichen, Lehrer*in-

nen und Erzieher*innen und deren Familien in Gefahr zu bringen. Hierzu braucht es klare Vorgaben, die tatsächlich geeignet sind, Infektionen zu verhindern, aber auch ausreichend Flexibilität, um präventiv auf
135 Ausbrüche in der jeweiligen Einrichtung reagieren zu können. Durch flexible Bestuhlung der Klassenzimmer mithilfe von leichten Ein-Personen-Tischen können Mindestabstände gewahrt werden. Sollte es zu Schließungen oder Quarantänen kommen, müs-
140 sen Eltern unbürokratisch von der Arbeit freigestellt werden und finanzielle Unterstützung erhalten können. Ziel muss jedoch sein, das Infektionsgeschehen nicht so weit eskalieren zu lassen, dass Schließungen notwendig werden.

145

Der einfache Zugang zu Antigen- und PCR-Tests

Tests sind ein wichtiges Instrument, um Infektionen frühzeitig zu erkennen, Behandlung zu ermöglichen,
150 sowie Infektionsketten zu unterbrechen. Die kostenlosen Schnelltests müssen daher bestehen bleiben, wobei eine bessere Kontrolle der Qualität der Tests und der Durchführung zwingend notwendig ist. Außerdem müssen PCR-Tests wieder breiter verfügbar
155 sein, insbesondere müssen sie für

Kontaktpersonen von Infizierten wieder möglich sein. Hierzu sollte auch in kostengünstigere Alternativen wie die Gurgeltests in Österreich investiert werden.
160 Zudem sind Testpflichten am Arbeitsplatz, in Schulen und Kitas bei hoher und mittlerer Inzidenz und bei Fällen innerhalb des Betriebs/der Einrichtung notwendig, um Ausbrüche früh zu erkennen und reagieren zu können. Regelmäßige PCR-Pool-Tests

165 mehr als einmal wöchentlich müssen Standard an
den Schulen werden. Geimpfte und Genesene sollten
davon nicht ausgenommen sein.

Isolation, Quarantäne und Kontaktnachverfolgung

170

Die Isolation von Infizierten und die Quarantäne
deren enger Kontakte sind ein wirksames Mittel der
Eindämmung von Infektionskrankheiten, welches
nicht aufgegeben werden sollte. In Zeiten, in denen
175 die Kontaktnachverfolgung durch die Gesundheits-
ämter aufgrund der hohen Anzahl an Infektionen
schwierig bis unmöglich ist, müssen digitale Lösun-
gen wie die Corona-Warn-App ein stärkeres Gewicht
erhalten, PCR-Tests ermöglicht werden sowie ein un-
180 bürokratischer Zugang zu Entschädigungsleistungen
gewährleistet sein.

Da Quarantänen für Kinder und Jugendliche be-
sonders belastend sind, muss hier insbesondere
185 bei weniger intensivem Kontakt über Alternativen
nachgedacht werden beispielsweise Kontaktein-
schränkungen und die vorübergehende Teilnahme
am Unterricht in Distanz, statt einem kompletten
Verbot, die Wohnung zu verlassen. Lösungen analog
190 zur Arbeitsquarantäne, welche nur die Freizeit be-
schränken, aber weiterhin einen Besuch der Schule
in Präsenz vorsehen, lehnen wir aufgrund der damit
verbundenen psychischen Belastungen und weil in
den Einrichtungen die meisten Kontakte stattfinden
195 ab.

Der wirksamste Weg, die Belastung durch Quarantäne
und Isolation zu verringern, ist, das Infektionsgesche-

hen insgesamt zu verringern.

200

Erhöhung der Impfquote (auch global) und Weiterentwicklung der Impfstoffe

Impfungen haben in dieser Pandemie bereits zahlreiche
205 che Leben gerettet und sind ein zentrales Instrument,
die Krankheitslast zu reduzieren. Wir fordern weiterhin
die Einführung einer allgemeinen Impfpflicht ab 18 Jahren,
darüber hinaus müssen dringend mehr niedrigschwellige
Impfangebote für Kinder und Jugendliche geschaffen
210 werden, um auch dort die Impfquote möglichst zu erhöhen.
Impfstoffe müssen nicht nur in den reichsten Ländern für
alle verfügbar sein, sondern überall auf der Welt, daher
fordern wir die Aufhebung der Patente und die bessere
Unterstützung der WHO dabei, Impfungen in der gesamten
215 Welt verfügbar zu

machen.

220 Die Bundesregierung unterstützt Schwellen- und
Entwicklungsländer sowohl finanziell als auch technisch
beim Aufbau von Produktionslinien für Impfstoffe,
sowie bei der Produktionsmittelbeschaffung.

225 Betroffene öffentliche Forschungseinrichtungen, die
Patenteinhaberinnen sind, werden hierbei angemessen
finanziell entschädigt. Um genug Impfstoff produzieren
zu können um jedem Menschen auf dem Planeten
Impfschutz gegen Covid-19 zu ermöglichen
230 fordern wir die Vergesellschaftung der enormen
Gewinne der Pharmakonzerne mit den Impfstoffen,
deren Entwicklung nur durch die mit öffentlichen

Mitteln finanzierte Forschung möglich wurde. Mit diesen finanziellen Mitteln kann die dezentrale
235 Produktion von Impfstoffen finanziert werden. Die Omikron-Variante hat die Wirksamkeit der bisherigen Impfstoffe deutlich reduziert,

mit weiteren Immunflucht-Varianten ist zu rechnen.
240 Daher muss in die Weiterentwicklung der Impfstoffe investiert werden und die Erforschung neuer Impfstoffe, welche die Übertragung besser als bisher bremsen, gefördert werden. Die Aufklärungsarbeit über die Notwendigkeit einer Impfung, um sich vor
245 schweren Verläufen zu schützen, muss dringend weiter geführt werden.

Möglichkeiten des Lernens und Arbeitens in Distanz

250 Neben einem sicheren Präsenzbetrieb muss das Lernen in Distanz zukünftig für alle, bei denen eine medizinische Indikation besteht wie z. B. ein eingeschränktes Immunsystem, ermöglicht werden.

255 Dafür ist der Aufbau digitaler Klassenzimmer auch über die Situation der Pandemie hinaus sinnvoll. Dazu müssen sowohl die Klassenräume technisch ausgestattet werden, als auch im Sinne der Lehrmit-
260 telfreiheit der Zugang zu angemessenen technischen Endgeräten für alle Schüler*innen sichergestellt und gegebenenfalls unterstützt werden. So kann die soziale Anbindung und der Unterricht fortgesetzt werden, wenn der physische Besuch der Schule aus
265 gesundheitlichen Gründen über längere Zeit hinweg nicht möglich ist.

Das Recht auf Home Office in der Arbeitswelt muss bestehen bleiben, denn neben den gesundheitlichen und epidemiologischen Aspekten, bedeutet dies auch mehr Freiheit für die Arbeitnehmer*innen und ist daher als ein Fortschritt zu sehen. Darüber hinaus müssen auch an Schulen und Universitäten digitale Angebote als Alternative zur Präsenz dauerhaft etabliert werden, selbstverständlich ohne, dass diese von Lehrkräften, die voll im Präsenzbetrieb sind, nebenbei in ihrer Freizeit organisiert werden müssen.

Dies darf jedoch keine Ausrede dafür sein, sich nicht um einen sicheren Präsenzbetrieb zu kümmern.

Weitere Erforschung und bessere Verfügbarkeit von Behandlungsmethoden

Um auch im Falle einer Infektion schwere Verläufe möglichst zu verhindern, muss der Bund in die weitere Erforschung antiviraler Medikamente investieren sowie diese für alle, die sie benötigen, so schnell wie möglich verfügbar machen.

Wenn über Behandlungsmethoden gesprochen wird, darf außerdem Long Covid nicht vergessen werden – auch hierfür muss Geld für die Forschung zur Verfügung gestellt werden, Erkenntnisse aus der Vergangenheit, insbesondere zur Krankheit ME/CFS, müssen dabei berücksichtigt werden. Da Long Covid oft zu längerer Arbeitsunfähigkeit oder sogar zu einer Berufsunfähigkeit führt, muss zudem die finanzielle Unterstützung der Betroffenen und deren Familien sichergestellt werden. Einer Stigmatisierung muss ent-

gegengewirkt werden.

|